

## Asylkrise und öffentlicher Dienst

### Mehr Personal und mehr Mittel zur Bewältigung der stetig wachsenden Aufgaben

### Entschließung des Hauptvorstandes des dbb rheinland-pfalz

vom 05. November 2015

Zur Bewältigung der mit dem nach wie vor ansteigenden Asylbewerberzustrom verbundenen organisatorischen und humanitären Aufgaben fordert der dbb rheinland-pfalz für den öffentlichen Dienst mehr Personal, mehr Finanzmittel sowie klare und zügige Verfahren.

Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausnahmesituation muss schnell mehr Geld ins System, unter Umständen durch Aussetzen der sogenannten 'Schuldenbremse'.

Wir plädieren außerdem für einen 'Bürokratie-TÜV', also den Abbau überflüssiger Regelungen sowie die Beschleunigung von Abläufen und Prozessen. Die eingesparten Mittel müssen dann auch schnell zweckgebunden für zusätzliches Personal eingesetzt werden.

Mindestens 1.000 Beschäftigte fehlen derzeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Sozialämtern, den Ausländerbehörden, den Gesundheitsämtern, in der Arbeitsverwaltung, im Bildungsbereich und bei der Polizei sowie in den Landesmittelbehörden und zum Beispiel im Justiz- sowie Justizvollzugsdienst, bei der Liegenschafts- und Bauverwaltung – Tendenz täglich steigend. Der zusätzliche Personalbedarf ist durch intelligente, mittel- und langfristige Konzepte sicherzustellen. Bausteine dazu müssen forcierte Neueinstellungen, die Aufstockung der Zahl der Nachwuchskräfte, ein ausgeweitetes Angebot von Aus- und Fortbildungsqualifizierungen und der verstärkte Einsatz von Kolleginnen/Kollegen im Ruhestand unter Aussetzung der geltenden versorgungsrechtlichen Einkommens-Anrechnungen sein.

Die Aufnahmeeinrichtungen und die weitere Flüchtlingsverwaltung sind aktuell unterbesetzt. Das dort tätige Personal sowie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer arbeiten angesichts ihres riesigen Aufgabenberges engagiert und mit Herzblut, aber inzwischen bis zur Erschöpfung an der absoluten Belastungsgrenze.

Dem vorhandenen Personal kann man die steigenden, teils ungeordneten Aufgaben weder ungebremst noch unbegrenzt weiter auferlegen. Deshalb ist die von uns geforderte Verbesserung der Personalsituation dringend notwendig und ein Gebot von Fairness und Fürsorge. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen ein ganz klares Signal, dass sie nicht im Stich gelassen werden.

Wir wollen eine deutliche Würdigung der Leistung des öffentlichen Personals und der ehrenamtlichen Helfer.

Rheinland-Pfalz nimmt nach dem Königsteiner Schlüssel knapp 5 Prozent der nach Deutschland kommenden Asylbewerber auf. 2015 könnten da laut Medienberichten 50.000 Personen und mehr allein für Rheinland-Pfalz zusammenkommen.

Eine funktionsfähige schnelle Abwicklung von Mensch zu Mensch in geordneten, verlässlichen Bahnen zur Registrierung, Unterbringung und Integration hat für die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz deshalb oberste Priorität. Der öffentliche Dienst ist kompetenter Garant für eine gelingende Aufnahme sicherheitsbedürftiger Menschen. Wir brauchen aber schnellstens die dafür nötigen Rahmenbedingungen.



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: [post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)